

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	2
Vorlagendokumente	
TOP Ö 13 Durchführung des Volksbegehrens "Abberufung des Landtags"	
Antrag Nr. 214/2021 33/015/2021	3
TOP Ö 15 Fortsetzung: Europaweite Ausschreibung von Reinigungsleistungen	
Tischauflage Stadtrat: Änderungsantrag 213 243/010/2021	4
TOP Ö 18.1 Personelle Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien	
Beschlussvorlage 13-2/067/2021	6
TOP Ö 18.2 Antrag Nr. 209/2021 der Grünen/Grüne Liste-Fraktion: Mobile Impfteams an Schulen	
Antrag Nr. 209/2021 209/2021/GL-A/039	8
TOP Ö 18.3 Dringlichkeitsantrag der Klimaliste Erlangen Nr. 211/2021 zum Stadtrat am 22.09.2021; Klimanotstand - Stopp der Eltersdorfer Ortsumgehung	
Antrag Nr. 211/2021 211/2021/Klima-A/023	9

Stadtrat

Sitzung am Mittwoch, 22.09.2021

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-------|--|----------------------------|
| 13. | Durchführung des Volksbegehrens "Abberufung des Landtags"
Änderungsantrag Nr. 214/2021 der Erlanger Linke | 33/015/2021
Beschluss |
| 15. | Fortsetzung: Europaweite Ausschreibung von Reinigungsleistungen
Änderungsantrag Nr. 213/2021 der FWG, der Erlanger Linke und der Klimaliste Erlangen | 243/010/2021
Beschluss |
| 18.1. | Personelle Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Tischauflage | 13-2/067/2021
Beschluss |
| 18.2. | Antrag Nr. 209/2021 der Grünen/Grüne Liste-Fraktion:
Mobile Impfteams an Schulen
Tischauflage | 209/2021/GL-
A/039 |
| 18.3. | Dringlichkeitsantrag der Klimaliste Erlangen Nr. 211/2021 zum Stadtrat am 22.09.2021; Klimanotstand - Stopp der Eltersdorfer Ortsumgehung
Tischauflage | 211/2021/Klima-
A/023 |

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 21.09.2021
Antragsnr.: 214/2021
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III/33
mit Referat:

Erlangen, den 21.09.21

**Eintragungsstellen genau wie vorige Bürgerbegehren
Änderungsantrag zu TOP 13 zu Eintragungsstellen Bürgerbegehren**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag:

Die Eintragungsmöglichkeiten werden örtlich und zeitlich im selben Umfang angeboten, wie bei den letzten Bürgerbegehren.

Begründung:

Erlangen bietet bei Bürgerbegehren weit über das gesetzliche Minimum hinausgehende Eintragungsmöglichkeiten – das ist gut so und passt zum Motto „Offen aus Tradition“.

Auch wenn praktische Gründe für die Einschränkung auf das Rathaus zu sprechen scheinen und die Begründung der Verwaltung rechtlich vermutlich auch vertretbar ist, halten wir diese Einschränkung aus folgenden Gründen für falsch:

- Wir wollen den erreichten demokratischen Standard halten. Unabhängig vom Inhalt des Begehrens.
- Eine strikte Gleichbehandlung macht es den Initiatoren unmöglich, sich als Opfer zu stilisieren, ohne sich lächerlich zu machen.
- Es ist wegen Corona nicht sinnvoll, massiv Publikum an einen Ort, nämlich dem Rathaus, zu versammeln. Mehre Eintragungsstellen dienen der räumlichen Entzerrung

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)



Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO	
Eingang:	21.09.2021
Antragsnr.:	213/2021
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	VI/24
mit Referat:	

Erlangen, den 21.09.2021

Rekommunalisierung der Gebäudereinigung vs. geplante Ausschreibungen Änderungsantrag zu TOP 15 Stadtrats am 22.9.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag:

- a) **Grundsatzbeschluss:** Die Privatisierung der Gebäudereinigung wird binnen eines Zeitraums von 4 Jahren rückgängig gemacht. Fragen der Organisation und der organisatorischen Einordnung sind vom Stadtrat noch festzulegen.
- b) **keine weiteren Vergaben:** Der Grundsatzbeschluss, jedes Jahr ca. ein Viertel der Gebäudereinigung wieder zur Erledigung durch Privatfirmen auszuschreiben, wird konsequenterweise aufgehoben.
- c) **aktueller Vergabebeschluss:** Anders als vorgeschlagen, wird auf drei Jahre ausgeschrieben, mit der Option für die Stadt, einmal um zwei Jahre zu verlängern.
- d) Der Stadtrat meldet die im Zusammenhang mit der **Rekommunalisierung** mehrere Jahre erfolglos vom Referat VI beantragte **Stelle** mit höchster Priorität zum Stellenplan an.

Begründung:

Warum Rekommunalisieren ?

Es gibt immer wieder Probleme mit der Gebäudereinigung durch Private. Beispielsweise ist in Kitas, wo die Kinder sich viel am Boden aufhalten, gute Reinigung wichtig. Erzieher:innen berichten vom Wissenskonflikt, schlechte Reinigungsqualität zu reklamieren. Die Reinigungskraft müsse dann zum Nachputzen kommen und es sei unklar ob diese Leistung bezahlt würde.

Auch wir Antragsteller:innen vermissen die Möglichkeit für die Stadt, wirksam die Arbeitsbedingungen zu prüfen, z.B. ob bei jeder beauftragten Firma die gesamte Arbeitszeit bezahlt wird.

Die Probleme mit der Reinigungsqualität sehen wir als logische Folge des Versuchs, durch Privatisierung Geld zu sparen. Reinigungskräfte, die ständig hin und her geschickt

werden, kennen weder die Gebäude noch die Nutzer:innen. Eine weitere Folge zeigt sich z.B. wenn in der Damentoilette der Röthelheimschwimmhalle offensichtlich durch Verwendung zu aggressiver Reinigungsmittel empfindliche Oberflächen angegriffen werden. Intensive und gute Gebäudereinigung erfordert Fachkenntnisse. *You get what you paid for.* Eigenes Personal, das „seine Gebäude“ über längere Zeit pflegt, nach dem Grundsatz „ein Betrieb – ein Arbeitgeber“ dazugehört und dadurch bessere Arbeitsbedingungen und mehr Wertschätzung erfährt, ist motivierter und in der Lage, die Gebäudereinigung mit hoher Qualität, Objekt- und Sachkenntnis zu leisten.

Zur Verkürzung der Laufzeit:

Angesichts der o.g. Gründe haben wir für eine Rekommunalisierung nicht beliebig viel Zeit. Der jetzige, amtierende Stadtrat sollte seine Vorhaben im Wesentlichen auf den Weg gebracht haben.

Ca. ein Viertel der Gebäudereinigung wurde bereits neu an Privatfirmen vergeben mit einer Restlaufzeit von aktuell ca. vier Jahren. Damit ist es möglich, eine Rekommunalisierung in vier Jahren – knapp in dieser Wahlperiode abzuschließen. Die vorgeschlagene, fünfjährige Laufzeit (bei Vertragsbeginn in ca. einem Jahr) verlängert dagegen diese Zeit gleich um weitere zwei Jahre. Daher muss die Mindestlaufzeit der Vergabe wenigstens auf drei Jahre verkürzt werden. Mit der Verlängerungsoption kann sich die Stadt im Bedarfsfall immer noch für eine fünfjährige Laufzeit entscheiden.

Zur Anmeldung einer Stelle im Stellenplan:

Die Verwaltung wünscht eine Richtungsentscheidung, ob nun rekommunalisiert werden soll, oder nicht. Sagt der Stadtrat ja, muss er der Verwaltung auch die Möglichkeit dazu geben und die erforderliche Stelle im Stellenplan verankern.

Mit freundlichen Grüßen

Für die erlanger linke:

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Für die Klimaliste:

Prof. Dr. Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Für die Freien Wähler:

Anette Wirth-Hücking
(Stadträtin)

Prof. Dr. Gunther Moll
(Stadtrat)

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
OBM/13Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und PresseamtVorlagennummer:
13-2/067/2021**Personelle Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	22.09.2021	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

Mit den vorgeschlagenen Änderungen besteht Einverständnis.

II. Begründung**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Nach dem Ausscheiden von Frau Anette Christian aus dem Stadtrat wurden die freiwerdenden Sitze in den Ausschüssen und Gremien durch die SPD-Fraktion vorläufig besetzt.

Die Besetzung wurde nun vonseiten der SPD-Fraktion vervollständigt. Der Stadtratsbeschluss vom 22.07.2021 wird hiermit ergänzt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die SPD-Fraktion schlägt folgende Änderungen vor:

RevisionsA	1. Stellvertretung	Pfister, Barbara
SportA	Mitglied	Zaouali, Dunja
SGA	1. Stellvertretung	Radue, Sandra
Seniorenbeirat	Mitglied	Zaouali, Dunja
AG Friedhöfe	Mitglied	Zaouali, Dunja

Betreuungsstadträte:

Ortsbeirat Hüttendorf

Ortsbeirat Kriegenbrunn

Stadtteilbeirat Süd

Bammes, Andreas

Agha, Munib

Simsek, Aydan Eda und Richter, Andreas

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Durch Beschlussfassung gemäß § 2 Nr. 5 der Geschäftsordnung für den Stadtrat.

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 14.09.2021
Antragsnr.: 209/2021
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM
mit Referat: IV/47

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen



Rathausplatz 1
91052 Erlangen
tel 09131/862781
fax 09131/861681
buero@gl-erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>
Erlangen, den 14.09.2021

Antrag: Mobile Impfteams an Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

an den Schulen im Landkreis Erlangen-Höchstadt werden in den kommenden Wochen Mobile Impfteams im Einsatz sein. Für die Schulen im Stadtgebiet ist vorgesehen, dass die Schüler*innen zum Impfen ins Impfzentrum kommen. Auf die Schulen kommt damit ein hoher organisatorischer Aufwand zu. Hin- und Rückfahrt sind mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu organisieren und zu finanzieren. Begleitpersonen für die Fahrt zum Impfzentrum müssen bereitstehen, gleichzeitig müssen auch die Schüler*innen, die nicht geimpft werden, in der Schule betreut werden.

Der Einsatz von Mobilen Impfteams wäre auch im Stadtgebiet geboten, um den Aufwand möglichst gering zu halten und Impfen niederschwellig und ohne Aufwand auch für Jugendliche zu ermöglichen.

Wir beantragen:

An den Schulen im Stadtgebiet werden Impfangebote durch Mobile Impfteams ermöglicht.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Kerstin Heuer (Sprecherin für Bildung und Bauen)
gez. Dr. Birgit Marenbach (Fraktionsvorsitzende)

F.d.R.: Wolfgang Most
(Geschäftsführung)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Erlangen, den 20. September 2021

Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat am 22.09.2021
Klimanotstand - Stopp der Eltersdorfer Ortsumgehung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Janik,

Zur Stadtratssitzung am Donnerstag, 22.09.2021, stellen wir den folgenden Dringlichkeitsantrag:

Alle Planungen zur Errichtung einer Eltersdorfer Ortsumgehung werden sofort gestoppt

Zielsetzung: Um die Mobilitätswende zu stemmen, darf Autofahren in Erlangen nicht noch attraktiver werden. Eine neue Ortsumgehung steht den Zielen der Stadt Erlangen bis deutlich vor 2030 klimaneutral zu werden, entgegen. Alle Planungen zu einer Ortsumgehung um Eltersdorf werden sofort eingestellt und durch Planungen zur Verkehrsberuhigung von Eltersdorf ersetzt. Darunter zählt auch eine attraktive Anbindung des Ortsteils an den ÖPNV und das Fahrradnetz.

Zur Begründung:

Die Klimakatastrophen im Sommer 2021 (Flutkatastrophen in West- und Mitteleuropa, Waldbrände in Südeuropa, Tornado in Ostfriesland,) haben uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, welche Auswirkungen die Klimakrise mit sich bringt.

Bereits 2019 hat die Stadt Erlangen den Klimanotstand ausgerufen, doch ist sie diesem bisher in keinsten Weise gerecht geworden.

Der Stadt Erlangen liegen Studien und Gutachten zum Klimaschutz vor, die ihr klare Handlungsempfehlungen geben. In allen wird davon abgeraten, den motorisierten Individualverkehr (MIV) weiterhin attraktiv zu gestalten.

Zitat aus „Transformation gestalten - Bausteine einer Klimanotstandspolitik in Erlangen“ S. 7f:

„Um das Umsteigen auf alternative Angebote zu beschleunigen, müssen Nutzungsmöglichkeiten des individuellen PKW-Verkehrs beschränkt werden, beispielsweise über eine konsequente Parkraumbewirtschaftung,

Tempolimits oder autofreie Quartiere. Zudem müssen die Angebote des Umweltverbundes um ein Vielfaches ausgebaut und in ihrer Attraktivität und Nutzerfreundlichkeit gesteigert werden (Qualitäts- und Quantitätssprung). Das Szenario des Wuppertal-Instituts geht davon aus, dass bis 2035 der PKW-Besitz in kleinen Großstädten wie Erlangen auf ca. 200-240 pro 1.000 Personen gesenkt werden muss, die dann ausschließlich mit alternativen Antriebstechnologien auf der Basis erneuerbarer Energien betrieben und hauptsächlich gemeinschaftlich genutzt werden (Car-Sharing, Fahrgemeinschaften). Hingegen muss die Verkehrsleistung des Umweltverbundes (ÖPNV, Radverkehr, Fußgänger) verdoppelt werden.“

„Darüber hinaus müssen Grundlagen geschaffen werden, den Pendelverkehr im und aus dem Umland klimaneutral zu gestalten z.B. mittels eines Radschnellwege-Netzes für Entfernungen bis 20 km, kostengünstige Angebote für Pendler*innen entlang des ÖPNV-Netzes, ein Ausbau von Infrastruktur für elektrifizierte Car- und Ridesharing-Stationen im vom ÖPNV abgedeckten Umland sowie eine Reduzierung bzw. Verteuerung des Parkraumangebots für den motorisierten Individualverkehr“

„Eine zunehmend suffiziente Lebensweise kann die Lösung des Güterverkehrsproblems unterstützen und durch entsprechende Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden.“

Eine Eltersdorfer Ortsumgehung ist nicht die Lösung des Problems, sondern eine Verlagerung und Verstärkung. Die Stadt Erlangen sollte den ausgerufenen Klimanotstand ernst nehmen und die Planungen mit sofortiger Wirkung stoppen!

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen
Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Prof. Martin Hundhausen
(Stadtrat)